Frau Decking erläuterte anhand einer Präsentation die neu geplante Kooperation im Abfallbereich mit dem Kreis Neuwied und dem Rhein-Lahn-Kreis. Ab dem 01.01.2016 sollen Stoffströme aus den beiden neu hinzukommenden Kreisen auf den bestehenden Zweckverband REK übertragen werden. Dies führe auch zu einer beständigeren Auslastung der vorhandenen Anlagen im Zweckverband. Die Präsentation ergänze den der Einladung beigefügten Erläuterungstext und werde der Niederschrift beigefügt.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.)*

Vorsitzender Abg. Dr. Griese bat Herrn Hallerbach als 1. Beigeordneten des Landkreises Neuwied um ein kurzes Statement. Herr Hallerbach erläuterte die Entstehung und die Hintergründe der geplanten Partnerschaft mit dem Zweckverbände REK von Seiten des Rhein-Lahn-Kreises und des Kreises Neuwied. Er wies darauf hin, dass sich über den kommunalen Schulterschluss die Kosten für den Bürger stabil halten ließen. In den Landkreisen Neuwied und Lahnkreis seien die Beschlüsse zur Teilnahme am Zweckverband REK schon positiv abgestimmt worden. Er sehe darin eine gute Grundlage für die Zukunft.

Abg. Wagner hob die verkehrsgünstigen Anschlüsse über die Autobahn hervor. Auch die Auslastung der MVA Bonn sei ein wichtiger Aspekt. Er schloss damit ab, dass die CDU die Erweiterung des Zweckverbandes positiv sehe.

Abg. Albrecht begrüßte den Beitritt der Kreise zum Zweckverband ebenfalls und fragte nach, ob die Abfälle nicht stärker gebündelt werden könnten. Weiterhin erkundigte er sich, ob die Errichtung einer Biogasanlage erwogen worden sei. Es interessiere ihn, ob schon über Anschlüsse weiterer Kreise wie z. B. des Kreises Ahrweiler gesprochen worden sei. Ferner stellte er die Frage, was zukünftig geplant sei, um auch langfristig eine Gebührenstabilität zu erreichen. Weiterhin sehe er es als überlegenswert an, die Stimmrechte nach Einwohnerzahlen in den Kreisen zu verändern.

Frau Decking erklärte zu den Fragen, dass eine Biogasanlage erwogen werde. Dies könne evtl. zukünftig möglich sein, wenn die Mitglieder des Zweckverbandes REK dies wünschten. Dann sei eine Kosten–Nutzen–Abwägung notwendig. Vergaberechtliche Gründe führten zu 1 Stimme pro Mitglied, unabhängig von der Anzahl der Einwohner. Dies sei aus derzeitigem rechtlichen Stand auch gut so.

Abg. Windhuis erklärte für die Fraktion der GRÜNEN die Zustimmung zum Beitritt der beiden Kreise. Er sehe hier eine erste Phase zur Erweiterung des Zweckverbandes, mit Möglichkeiten einer Ausweitung der Stoffströme innerhalb des Verbandes.

Abg. Dr. Kuhlmann stimmte von Seiten der FDP im Grundsatz zu. Er erkundigte sich danach, ob hinsichtlich der Müllgebühren für die Bürger des RSK schon Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlägen. Ihn würden hierzu nähere Zahlen interessieren. Weiter habe er mit § 7 der Satzung Probleme. Er befürchte, dass durch die Änderung der Mitgliederzahl in der Verbandsversammlung die kleinen Gruppen kein Mitbestimmungsrecht mehr haben würden.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass die gestellten Fragen nicht im Umweltausschuss beantwortet werden könnten, da diese in anderen Beratungsgremien entschieden werden.

Abg. Schenkelberg ging ebenfalls auf die Stimmgewichtung ein. Er erklärte, dass eine Partnerschaft auf Augenhöhe sehr wichtig sei. Er bat um Auskunft, ob es durch die Ausweitung

zu Engpässen im RSK kommen könne und erkundigte sich nach dem Abstimmungsverhalten der Stadt Bonn.

Frau Decking führte aus, dass unabhängig von den Beitritten der beiden Kreise die Müllgebühren stabil blieben. Engpässe beim Fuhrpark durch die Hinzunahme der Kreise gebe es nicht. Es werde ein neuer Standort für die Sammelfahrzeuge im Kreis Neuwied geschaffen. Es sei eher so, dass bei Ausfällen mehr Fahrzeuge zur Verfügung stünden.

Dezernent Schwarz wies darauf hin, dass die Gremien in der Stadt Bonn noch nicht getagt hätten.

Abg. Kurt fragte nach privatwirtschaftlichen Alternativen zum geplanten Zweckverband REK. Hierzu erläuterte Frau Decking, dass der Zweckverband nur ein Dach bilde. Das operative Geschäft laufe direkt zwischen den einzelnen Mitgliedern. Derzeit sei eine Monopolisierung in der privaten Abfallwirtschaft zu beobachten. Im Rhein-Sieg-Kreis gebe es außer der RSAG nur noch einen privaten Anbieter, und dies könne dazu führen, dass Preise übersteuert würden. So habe das kostendeckende Angebot der RSAG den Zuschlag für die Abfuhr der Wertstofftonne erhalten. Dieses Angebot sei günstiger als vom Privatunternehmer gewesen.

SKB Schön fragte nach Maßnahmen zur Abfallvermeidung. Er bat um genaue Zahlen zu den Mengenströmen der einzelnen Abfallarten und darum, die einzelnen Anlagen in den verschiedenen Kreisen genauer zu benennen. Vorsitzender Dr. Griese erklärte, dass die Präsentation und damit die Informationen der Niederschrift beigefügt und rechtzeitig vor dem Finanzausschuss vorliegen würden. Darin seien die Zahlen und Anlagen enthalten.

Sodann rief Vorsitzender Dr. Griese zur Abstimmung auf.